



BESCHLUSSPROTOKOLL

der 21. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit
am Montag, den 25.03.2019, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.
Sitzungsdauer 17:03 Uhr bis 21:34 Uhr

A. Anwesend

Vorsitzender

Jürgen Banzer

CDU

Alexandra Argyrakis-Macha

Dr. Frank Ausbüttel

Holger Bellino

Dr. Nicole Demme

ab TOP 3.4 (17:19 Uhr)

Matthias Drexelius

Norbert Fischer

Agnes Gerecht

Kerstin Giger

Alexander Hees

Alexander Hetjes

Alexander Jackson

Heidrun Kaunzner

ab TOP 3.4 (17:08 Uhr)

Markus Koob

Claudia Kott

Günter Krause

Elvy Mäkitalo

Katja Metz

Susanne Odenweller

Thorsten Schorr

Gregor Sommer

Sebastian Sommer

SPD

Walter Breinl

Hans-Georg Brum

Beate Denfeld

Rosi Gottschalk

Birgit Hahn

Thomas Papadopoulos

Astrid Schatta

Dr. Rebecca Schmidt

Bernhard Schneider

Dr. Nico Sturm

Dr. Stephan Wetzel

GRÜNE

Laura Burkart-Gorißen
 Ellen Enslin
 Carsten Filges
 Christina Herr
 Inge-Lore Kausen
 Lars Keitel
 Hadmut Lindenblatt
 Dirk Sitzmann

FDP

Katja Adler
 Holger Grupe
 Philipp Herbold
 Heike Kolter
 Dr. Stefan Naas
 Dagmar Reuter
 Ulrike Schmidt-Fleischer
 Franz Tauber

AfD

Michael Dill
 Birgit Grohne-Münch
 Peter Lutz
 Peter Münch
 Andreas Sell
 Wolfgang Strubel
 Dr. Ileana Aura Vogel

bis TOP 3.4 (18:20 Uhr)

FWG

Andreas Bernhardt
 Karin Birk-Lemper
 Götz Esser
 Hellwig Herber
 Renzo Sechi

bis TOP 3.4 (18:17 Uhr)

bis TOP 3.7 (19:23 Uhr)

DIE LINKE.

Werner Frey
 Okan Karasu

ab TOP 3.4 (17:20 Uhr); bis TOP 5.3
 (20:52 Uhr)

parteilos

Michael Beyerbach
 Andreas Moses
 Kim-Philipp Nowak

ab TOP 3.4 (17:07 Uhr); bis TOP 5.3
 (20:30 Uhr)

Kreisausschuss

Ulrich Krebs
 Uwe Kraft

Katrin Hechler
Gerd Arenz
Dr. Dagmar Charrier
Andrea Conrad
Susanne Eichhorn
Hartmut Haibach
Rudolf Kretzschmar
Hans Leimeister
Andrea Pfäfflin
Wolfgang Schmitt
Dr. Regina Sell
Bert Worbs

Schriftführer

Michael Frauenstein

Verwaltung

Nina Huwig
Brit Kerfien

Entschuldigt

CDU

Roland Seel

SPD

Marco Abbé
Petra Fuhrmann

GRÜNE

Dr. Christian Albrecht
Norman Dießner

Kreisausschuss

Matthias Bergmeier

B. Eröffnung

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer eröffnet die 21. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Folgende Unterlagen wurden auf den Tisch gelegt:

- Protokolle der Sitzungen der Ausschüsse des Kreistages
 - Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Freizeit
 - Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration
 - Haupt- und Finanzausschusses
- sieben Änderungsanträge der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen und Kreistagsfraktion GRÜNE
- Liste der Tagesordnungspunkte, die ohne Aussprache zur Abstimmung kommen

C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
-----	---------------------------	--------------

1. **Mitteilungen**

1.1. **Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden**

./.

1.2. **Mitteilungen des Kreisausschusses**

./.

1.3. **Mitteilungen der Ausschüsse**

Die Vorsitzenden

- des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Freizeit,
- des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration und
- des Haupt- und Finanzausschusses

verweisen auf die ausliegenden und im Gremieninformationsportal zugänglichen Protokolle der stattgefundenen Sitzungen.

2. **Fragestunde**

./.

3. Vorlagen des Kreisausschusses
3.1. Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses 2019/0697/KT
hier: Neuwahl von Mitgliedern

Gegen die Wahl per Akklamation erhebt sich auf Nachfrage des Kreistagsvorsitzenden Jürgen Banzer kein Widerspruch.

Der Kreistag wählt einstimmig folgende Personen in den Jugendhilfeausschuss:

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertretendes Mitglied</u>
Dominik Richter	Thorsten Witteler
Kreisjugendring Hochtaunus e.V.	Kreisjugendring Hochtaunus e.V.

3.2. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übernahme der Aufgaben nach dem Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) für kreisangehörige Städte und Gemeinden 2019/0703/KA

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (19), SPD (11), GRÜNE (8), FDP (8), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (1),
 Nowak (1), Beyerbach (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Es wird beschlossen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, ausgenommen der Stadt Friedrichsdorf und den Gemeinden Glashütten, Grävenwiesbach und Weilrod, jeweils eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übernahme der Aufgaben nach dem ProstSchG durch den Hochtaunuskreis auf der Grundlage des beiliegenden Entwurfs (Anlage I) abzuschließen.

3.3. Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss 2015 sowie Entlastung des Kreisausschusses gemäß §§ 113 und 114 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) 2019/0709/KA

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (19), SPD (11), GRÜNE (8), FDP (8), AfD (6), FWG (5), Nowak (1), Beyerbach (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: AfD (1), DIE LINKE. (1)

gefasster Beschluss

1. Der vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresabschluss des Jahres 2015 wird gemäß den §§ 113 und 114 HGO beschlossen.

Das Jahr 2015 schließt folgendermaßen ab:

das ordentliches Jahresergebnis mit einem Fehlbetrag von	7.191.873,43 €
das außerordentliches Jahresergebnis mit einem Überschuss von	590.785,55 €
das Gesamtergebnis mit einem Fehlbetrag von	6.601.087,88 €
die Bilanzsumme von Aktiva bzw. Passiva mit einem Betrag von	1.007.551.483,14 €

das ausgewiesenes Eigenkapital mit einem Betrag von 83.074.938,51 €

2. Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses des Jahres 2015 wird auf neue Rechnung vorgetragen. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2015 wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.
3. Die Entlastung des Kreisausschusses gemäß § 114 HGO wird erteilt.

3.5. **KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH: Aufnahme neuer Gesellschafter 2019/0723/KA**

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (19), SPD (11), GRÜNE (8), FDP (8), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (1),
Nowak (1), Beyerbach (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

1. Die Erhöhung des Stammkapitals der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH von 29.650,- € um 5.800,- Euro auf 34.450,- Euro wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Änderung der Satzung in § 3 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages zur Erhöhung des Stammkapitals wird zur Kenntnis genommen.
3. Der Abtretung der neuen Stammkapitaleinlagen in Höhe von 5.800,- Euro an die neuen Gesellschafter
 - mit einem Anteil in Höhe von 2.800,- € an den Landkreis Darmstadt-Dieburg
 - mit einem Anteil in Höhe von 1.500,- € an den Wetteraukreis
 - mit einem Anteil in Höhe von 1.450,- € an den Rheingau-Taunus-Kreis
 - mit einem Anteil in Höhe von 50,- € an die Stadt Lorch

wird zugestimmt, so dass diese – vorbehaltlich ihrer Gremienbeschlüsse – zum 01.01.2019 Gesellschafter der der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH werden können.

4. Einer entsprechenden Anpassung der Auflistung der Gesellschafter/innen in § 3 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH wird zugestimmt.

4. **Vorlagen der Ausschüsse**

./.

3.4. **Rhein-Main Deponie GmbH (RMD) - Sanierungsvereinbarung und Bürgerschaft 2019/0722/KA**

Herr Sitzmann eröffnet die Debatte.

Anschließend sprechen Herr Dr. Naas, Herr Esser, Frau Dr. Demme, Herr Münch und Herr Landrat Ulrich Krebs.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (11), FDP (8), Moses (1)
 Nein: GRÜNE (8), DIE LINKE. (2), AfD (7), FWG (4), Nowak (1), Beyerbach (1)
 Enthaltung: FWG (1)

gefasster Beschluss

1. Dem Abschluss der beigefügten Sanierungsvereinbarung (Anlage II), wonach sich der Hochtaunuskreis und der Main-Taunus-Kreis zur Zahlung eines Sanierungsbeitrages an die Rhein-Main Deponie GmbH in einer Höhe von je 30,87 Mio. € bis zum 31.12.2027 verpflichten, wird zugestimmt.
2. Vorbehaltlich der erforderlichen Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde wird der Übernahme einer Bürgschaft zur Absicherung eines Betriebsmitteldarlehens zugunsten der RMD gegenüber der Taunus-Sparkasse zugestimmt. Die Bürgschaft beträgt 80% des Darlehensbetrages und ist jeweils zur Hälfte von den Gesellschaftern zu übernehmen. Der Hochtaunuskreis verbürgt somit einen Betrag in Höhe von 2,2 Mio. €.

Die Konditionen des Betriebsmitteldarlehens lauten wie folgt:

Höhe der Betriebsmittellinie	maximal 5.500 T€
Beginn	bedarfsgerecht
Zinssatz	95 Basispunkte über Euribor sofern der Euribor negativ ist, gilt als Grundlage 0 %

3. Der Kreistag des Hochtaunuskreises ermächtigt den Kreisausschuss, eine Bürgschaftserklärung gemäß dem in der Hessischen Gemeindeordnung vorgeschriebenen Muster gegenüber dem finanzierenden Kreditinstitut abzugeben. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Bürgschaftserklärung redaktionell anzupassen.

- 3.6. **Veräußerung von Liegenschaften; 2019/0725/KA**
Gelände der ehemaligen Georg-Kerschensteiner-Schule, Bad Homburg
v.d.Höhe
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE 2019/0725/KA/1

Herr Sitzmann begründet den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE.

Nach Herrn Herbold, der als zweites das Wort ergreift, beteiligen sich folgende Personen an der Debatte:

Herr Karasu, Herr Dill, Frau Kott, Herr Landrat Ulrich Krebs, Frau Hahn, Herr Herber, Herr Keitel, Herr Lutz, Herr Dr. Naas, Herr Dr. Wetzel, Herr Herber, Herr Lutz.

In der laufenden Diskussion fließen einige Zwischenfragen an die Rednerinnen und Redner ein, die sämtlich beantwortet werden.

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer erteilt Herrn Lutz gemäß § 37 Geschäftsordnung des Kreistages eine Rüge (Ruf zur Ordnung) mit dem Hinweis, es sei unparlamentarisch, das Wort „Schwachsinn“ zu verwenden.

Herr Filges teilt mit, dass der Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE insofern modifiziert wird, dass die Worte „durchschnittlich 11 Euro“ mit den Worten „maximal zwölf Euro“ ersetzt werden.

2019/0725/KA/1**Abstimmungsergebnis:**

Ja: GRÜNE (8), FWG (4), DIE LINKE. (2) Nowak (1)
 Nein: CDU (22), SPD (11), FDP (8), AfD (6),
 Enthaltung: Beyerbach (1)
 nicht anwesend: Herr Moses

abgelehnter Beschluss

Der Beschlusstext wird in Punkt 2 um folgenden Spiegelstrich ergänzt:
 - Festschreibung des bezahlbaren Wohnraums auf maximal zwölf Euro Netto-Kaltmiete für 20 Jahre

2019/0725/KA**Abstimmungsergebnis:**

Ja: CDU (22), SPD (11)
 Nein: GRÜNE (8), FDP (8), AfD (6), FWG (4), DIE LINKE. (2), Nowak (1), Beyerbach (1)
 Enthaltung: ./.
 nicht anwesend: Herr Moses

gefasster Beschluss

1. Dem Verkauf einer Teilfläche des Grundstücks der ehemaligen Georg-Kerschensteiner-Schule, Urseler Straße 35 in 61348 Bad Homburg v.d.Höhe wird zugestimmt. Der Kreisausschuss wird ermächtigt, einen Grundstückskaufvertrag über eine noch zu vermessende Teilfläche von ca. 2.900 m² des Grundstücks

- Gemarkung Bad Homburg v.d.Höhe, Flur 19, Flurstück 61/30

mit der Gemeinnützigen Wohnungsbau GmbH Hochtaunuskreis zu einem Verkaufspreis von ca. 1.985.000,00 € abzuschließen.

2. Der Kaufvertrag ist zu folgenden Eckdaten abzuschließen:

- Verkaufspreis insgesamt: ca. 1.985.000,00 €
- Zahlungsziel: Bei Vorlage einer positiv beschiedenen Bauvoranfrage
- Ausschluss von Gewährleistungsansprüchen
- Kosten der Vertragsabwicklung trägt der Käufer
- Belastungen im Grundbuch sind vom Käufer zu übernehmen
- Der Vertrag ist aufschiebend/auflösend bedingt durch den noch ausstehenden Bauvorbescheid

3. Der abgeschlossene Vertrag ist dem Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.

- 3.7. **Ehemaliges Gelände der Konrad-Lorenz-Schule sowie des ehemaligen Klinikareals, Usingen; Verkauf von Grundstücksflächen innerhalb der zukünftigen Wohnbaufläche "Südlich Hattsteiner Allee"** **2019/0730/KA**
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE **2019/0730/KA/1**
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen **2019/0730/KA/2**

Frau Hahn begründet den Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

Herr Sitzmann zieht den folgenden Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE (2019/0730/KA/1) zurück:

„Der Beschlusstext wird in Punkt 2 um folgenden Spiegelstrich ergänzt:

- Festschreibung des bezahlbaren Wohnraums auf durchschnittlich 8 Euro Netto-Kaltmiete für 20 Jahre.“

Herr Münch, Herr Dr. Naas, Herr Herber, Herr Drexelius und Herr Dr. Wetzel beteiligen sich an der Aussprache.

2019/0730/KA/2

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (11), Moses (1), GRÜNE (7), FDP (8), FWG (4), DIE LINKE. (2),
 Nowak (1)
 Nein: AfD (6)
 Enthaltung: Beyerbach (1)
 nicht anwesend: Frau Enslin

gefasster Beschluss

Der Beschlusstext wird in Punkt 2 um folgende Spiegelstriche ergänzt:

- Festschreibung des bezahlbaren Wohnraums auf durchschnittlich 8 Euro Netto-Kaltmiete für 20 Jahre im Grundbuch; dies wird ergänzt um eine Wertsicherungsklausel (ausgerichtet am Verbraucherpreisindex), welche nach erstmals 5 Jahren anzuwenden ist
- Der bezahlbare Wohnraum umfasst 20% der geplanten Wohnfläche

2019/0730/KA (geänderte Fassung)

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (11), Moses (1), GRÜNE (7), FDP (8), FWG (4), DIE LINKE. (2),
 Nowak (1)
 Nein: AfD (6)
 Enthaltung: Beyerbach (1)
 nicht anwesend: Frau Enslin

gefasster Beschluss

1. Dem Verkauf von Grundstücksflächen innerhalb der zukünftigen Wohnbaufläche „südlich Hattsteiner Allee“ in Usingen wird zugestimmt. Der Kreisausschuss wird ermächtigt einen Grundstückskaufvertrag über die teilweise bebauten Grundstücke in Usingen

- Gemarkung Usingen, Flur 7, Flurstück 7670/6 mit einer Größe von ca. 10.205 m²
- Gemarkung Usingen, Flur 61, Flurstück 19/0 mit einer Größe von ca. 13.730 m²
- Gemarkung Usingen, Flur 61, Flurstück 44/0 mit einer Größe von ca. 4.482 m²
- Gemarkung Usingen, Flur 62, Flurstück 35/0 mit einer Größe von ca. 1.192 m²

mit insgesamt ca. 29.609 m² zu einem Mindestkaufpreis von 7.328.000,00 € an die Projektgesellschaft Horn GmbH abzuschließen.

2. Der Kaufvertrag ist zu folgenden Eckdaten abzuschließen:

- Mindestkaufpreis 7.328.000,00 €
- Kaufpreisanpassung bei höherer Ausnutzung
- Kaufpreisfälligkeit bei Satzungsbeschluss B-Plan
- Abbruch der ehemaligen Klinikgebäude durch den Käufer
- Bauverpflichtung
- Ausschluss von Gewährleistungsansprüchen
- Dingliche Sicherung des bezahlbaren Wohnraums auf 20 Jahre
- Kosten der Vertragsabwicklung trägt der Käufer
- Belastungen im Grundbuch sind vom Käufer zu übernehmen
- Festschreibung des bezahlbaren Wohnraums auf durchschnittlich 8 Euro Netto-Kaltmiete für 20 Jahre im Grundbuch; dies wird ergänzt um eine Wertsicherungsklausel (ausgerichtet am Verbraucherpreisindex), welche nach erstmals 5 Jahren anzuwenden ist
- Der bezahlbare Wohnraum umfasst 20% der geplanten Wohnfläche

3. Der abgeschlossene Vertrag ist dem Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.

5. Anträge

5.1.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion	2019/0705/KT
	Bildung eines Ausschusses zu Digitalisierung und e-Government	
	Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen	2019/0705/KT/1
	Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE	2019/0705/KT/2

Herr Tauber begründet den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion.

Frau Schmidt begründet den Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

Herr Filges zieht folgenden Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE (2019/0705/KT/2) zurück:

„Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Der Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt wird zum Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr, Umwelt, Digitalisierung und e-Government.“

Anschließend sprechen, Herr Karasu, Frau Dr. Vogel, Herr Jackson, Frau Schmidt-Fleischer und Herrn Bernhard.

2019/0705/KT/1**Abstimmungsergebnis:**

Ja: CDU (22), SPD (11), Moses (1), GRÜNE (8), FWG (3), DIE LINKE. (1)
 Nein: FDP (8), AfD (6), DIE LINKE. (1), Nowak (1), Beyerbach (1)
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

In Abänderung des Kreistagsbeschlusses 2016/0014/KT/1 vom 2. Mai 2016, beschließt der Kreistag den Haupt- und Finanzausschuss in Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss umzubenennen.

Anträge, die in Verbindung mit der Digitalisierung stehen, werden zukünftig in diesem Gremium beraten. Darüber hinaus soll es regelmäßige Berichte über den Fortgang der Digitalisierung der Verwaltung geben.

2019/0705/KT**Abstimmungsergebnis:**

Ja: AfD (6), DIE LINKE. (1), Nowak (1), Beyerbach (1)
 Nein: CDU (22), SPD (11), Moses (1), GRÜNE (8), FWG (3), DIE LINKE. (1)
 Enthaltung: FDP (8)

abgelehnter Beschluss

Der Kreistag beschließt die Bildung eines Ausschusses zu Digitalisierung und e-Government gemäß § 33 HKO.

5.2. **Antrag der FDP-Kreistagsfraktion
 Bericht zur Regionaltangente West**

2019/0726/KT

Herr Grupe begründet den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion.

Anschließend hält Herr Fischer eine Rede.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (11), GRÜNE (8), FDP (8), AfD (6), FWG (3), DIE LINKE. (2),
 Nowak (1), Beyerbach (1), Moses (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten, über den aktuellen Stand der Planung zur Regionaltangente West im Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt zu berichten, bzw. durch die Geschäftsführung berichten zu lassen. Dabei sollen insb. der aktuelle Zeitplan und potenzielle Hürden vorgestellt werden. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf den Abschnitt Nord gelegt

werden. Zudem soll die derzeitige finanzielle Entwicklung und Projektsicherung aufgezeigt werden.

**5.3. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion 2019/0727/KT
Bericht Prinzenpalais Usingen**

Herr Grupe begründet den Antrag für die FDP-Kreistagsfraktion.

Herr Landrat Ulrich Krebs nimmt für den Kreisausschuss Stellung.

Anschließend spricht Herr Jackson.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (11), Moses (1), GRÜNE (8), FDP (8), AfD (6), FWG (3), DIE LINKE. (2), Nowak (1), Beyerbach (1)

Nein: ./.

Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten, über den aktuellen Stand der Verhandlungen zum Prinzenpalais Usingen in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu berichten. Insb. mögliche Nutzungsvorhaben, Zahl und Art der potenziellen Investoren und der voraussichtliche Zeitpunkt des Vertragsabschlusses, sowie die zu erwartende Erlöshöhe sollen aktuell dargestellt und erläutert werden.

Zudem soll erläutert werden, ob und in welchem Umfang sich die Bausubstanz des Gebäudes verschlechtert hat, da es nun einem weiteren Winter ohne Nutzung ausgesetzt war.

**5.4. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion 2019/0733/KT
Resolutionsantrag zum Schutz der Demokratie und Meinungsfreiheit
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen 2019/0733/KT/1
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE 2019/0733/KT/2**

Herr Dill begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Es folgt eine Aussprache, an der sich folgende Personen beteiligen:

Herr Sebastian Sommer, Herr Karasu, Herr Herbold (Zwischenfrage von Herrn Dill) und Herr Dr. Wetzel.

Frau Lindenblatt beantragt, den letzten Satz des Änderungsantrages (2019/0733/KT/1) aus dem Beschlusstenor zu streichen.

Anschließend spricht Herr Lutz.

2019/0733/KT/2**Abstimmungsergebnis:**

Ja: GRÜNE (8), AfD (6), FWG (3), DIE LINKE. (1), Beyerbach (1)
 Nein: CDU (22), SPD (11), FDP (7)
 Enthaltung: FDP (1), Nowak (1)

abgelehnter Beschluss

Aus dem Beschlusstext des Änderungsantrages 2019/0733/KT/1 wird der letzte Satz gestrichen.

2019/0733/KT/1**Abstimmungsergebnis:**

Ja: CDU (22), SPD (11), GRÜNE (8), FDP (8), FWG (3), DIE LINKE. (1)
 Nein: AfD (4), Nowak (1), Beyerbach (1)
 Enthaltung: AfD (2)

gefasster Beschluss

Der Kreistag des Hochtaunuskreises bekennt sich uneingeschränkt zur Demokratie und der Meinungsfreiheit. Der Kreistag des Hochtaunuskreises steht zur Unveräußerlichkeit der Grundrechte und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 GG sichert jedem Bürger die Freiheit der Meinungsäußerung zu. Jeder Angriff auf diese Freiheit wird durch den Kreistag des Hochtaunuskreises auf das Schärfste verurteilt. Der Hochtaunuskreis, mit all seinen Organen, wird sich Verunglimpfungen der freiheitlich demokratischen Grundordnung, der Grundrechte und Angriffen gegen die Demokratie und Meinungsfreiheit entgegenstellen, diese verurteilen und alle nötigen Schritte unternehmen, um den Schutz zur Wahrung der Grundrechte zu gewährleisten.

Um diese Freiheiten in diesem Land und das Leben in Demokratie, Meinungsfreiheit und Vielfalt zu verteidigen, verurteilt der Hochtaunuskreis Handlungen von allen politischen Akteuren, die sich außerhalb des vom Grundgesetz gesetzten Rahmens bewegen. Hierbei verurteilt der Landkreis insbesondere Angriffe auf das öffentliche Zusammenleben durch Akteure der politischen Ränder.

2019/0733/KT**erledigter Beschluss (aufgrund der Beschlussfassung des Änderungsantrages)**

Der Kreistag des Hochtaunuskreises bekennt sich uneingeschränkt zur Demokratie und der Meinungsfreiheit. Der Kreistag des Hochtaunuskreises steht zur Unveräußerlichkeit der Grundrechte und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Artikel 5 GG sichert jedem Bürger die Freiheit der Meinungsäußerung zu. Jeder Angriff auf diese Freiheit wird durch den Kreistag des Hochtaunuskreises auf das Schärfste verurteilt. Der Hochtaunuskreis, mit all seinen Organen, wird sich Verunglimpfungen der freiheitlich demokratischen Grundordnung, der Grundrechte und Angriffen gegen die Demokratie und Meinungsfreiheit entgegenstellen, diese

verurteilen und alle nötigen Schritte unternehmen, um den Schutz zur Wahrung der Grundrechte zu gewährleisten.

Um diese Freiheiten in diesem Land und das Leben in Demokratie, Meinungsfreiheit und Vielfalt zu verteidigen, erklärt der Kreistag die so genannte „Antifa“ zur kriminellen Vereinigung, stuft sie als gewaltverherrlichend und antidemokratisch ein und fordert den Kreisausschuss auf, der Landesregierung den gefassten Beschluss zur Kenntnis zu geben und ihn aufzufordern, gegen Bestrebungen dieser Gruppe, die Demokratie abschaffen und die Meinungsvielfalt zu beschränken, mit geeigneten Mitteln vorzugehen.

- 5.5. **Antrag der AfD-Kreistagsfraktion** **2019/0734/KT**
Stellungnahme des RMV zur aktuellen Situation des öffentlichen Personennahverkehrs
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen **2019/0734/KT/1**

Herr Dill begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Herr Fischer begründet den Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen und beantwortet eine Zwischenfrage.

Frau Enslin schlägt vor, in den letzten Satz des Beschlusstextes den Halbsatz „und der Herstellung von Barrierefreiheit“ einzufügen.

Als letzte Rednerin geht Frau Denfeld nach vorne. Sie erklärt die Übernahme des Vorschlages von Frau Enslin.

2019/0734/KT/1

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (11), GRÜNE (8), FDP (8), AfD (6), FWG (3), DIE LINKE. (1),
 Nowak (1), Beyerbach (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, einen Vertreter des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) und des Verkehrsverband Hochtaunus (VHT) zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt einzuladen der insbesondere Stellung nehmen möchte zu folgenden Themen- bzw. Problembereichen:

- Auslastung der S-Bahnen, hier insbesondere der S5
- Auslastung der Taunusbahn
- Sachstand Elektrifizierung
- Auslastung des in 2017 eingeführten und zuletzt im Dezember 2018 ausgeweiteten Nachtverkehrs
- Stellungnahme zu defekten Fahrkartenautomaten
- Nachbarschaftsticket
- RMVsmart

Des Weiteren soll der RMV gebeten werden, sich bei der Deutschen Bahn über die nachfolgenden Punkte zu informieren:

- Getroffene und ggf. geplante Maßnahmen gegen Bettel in Zügen und an Bahnhöfen
- Getroffene Maßnahmen, um die Ordnung und Sauberkeit an Bahnhöfen im Hochtaunuskreis sicherzustellen
- Stellungnahme zu nötigen Renovierungen und der Herstellung von Barrierefreiheit von Bahnhöfen, u.a. am Bahnhof Oberursel/Steinbach/Weißkirchen

2019/0734/KT**erledigter Beschluss (aufgrund der Beschlussfassung des Änderungsantrages)**

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, einen Vertreter des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt einzuladen der insbesondere Stellung nehmen möchte zu folgenden Themen- bzw. Problembereichen:

- Auslastung der S-Bahnen, hier insbesondere der S5
- Stellungnahme zu nötigen Renovierungen von Bahnhöfen, u.a. am Bahnhof Oberursel/Steinbach/Weißkirchen
- Betroffene Maßnahmen, um die Ordnung und Sauberkeit an Bahnhöfen im Hochtaunuskreis sicherzustellen
- Stellungnahme zu defekten Fahrkartenautomaten
- Betroffene und ggf. geplante Maßnahmen gegen Bettel in Zügen und an Bahnhöfen.

**5.6. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion 2019/0735/KT
Begrenzung der Ausgaben für die Haushaltserstellung 2020**

Herr Strubel begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Es folgt eine Aussprache, an der sich folgende Personen beteiligen:

Herr Landrat Ulrich Krebs, Herr Jackson, Herr Filges, Herr Bernhard und Herr Lutz.

Abstimmungsergebnis:

Ja: AfD (6)
Nein: CDU (22), SPD (11), GRÜNE (8), FDP (8), FWG (3), DIE LINKE. (1)
Enthaltung: Nowak (1), Beyerbach (1)

abgelehnter Beschluss

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Kreisausgaben im Rahmen der Haushaltserstellung 2020 in Summe nicht weiter erhöht werden. Der Beschluss umfasst den Finanz- sowie den Verwaltungshaushalt.

**5.7. Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE 2019/0737/KT
Bericht über die Arbeit des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen**

Herr Sitzmann begründet den Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE.

Es folgt ein Wortbeitrag von Herrn Dr. Naas.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (11), GRÜNE (8), FDP (8), AfD (6), FWG (3), DIE LINKE. (1),
Nowak (1), Beyerbach (1)

Nein:

Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Ausschusses Bauen, Planen, Verkehr und Umwelt über die Arbeit und die Ergebnisse des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen, das mit Kreistagsbeschluss vom 1. Februar 2016 beauftragt wurde, zu berichten. Bestandteile des Berichtes sollen unter anderem die Schlussfolgerungen und Maßnahmen sein, die der Hochtaunuskreis aus den bisherigen Beratungen gezogen hat.

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Vorsitzende der Fraktionen, der Gruppe
sowie fraktions- und gruppenlose Abge-
ordnete

gez. Jürgen Banzer
Kreistagsvorsitzender

gez. Frauenstein
Schriftführer